Saar Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Monatl. Bezugspreis: Durch Träger u. Post Fr. 5.70. Anzeigenpreise: Die 6gesp. 40 mm-Zeile 0.80 Fr., Deutschland 7 Mk., Ausland 0.30 Fr.

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Telegramm-Adresse: Saarpost, Saarbrücken. Geschäftsstelle: Saarbrücken, Kl. Markt 1. Fernsprecher 83. Postscheck 60.

Nr. 285. Saarlouis, Montag, den 7. Dezember 1925. 54. Jahrgang.

Briand vor dem Senat.

mtb. Paris, 5. Dez. In Fortsetzung der Generaldebatten über die Finanzpläne erklärt der radikale Senator Lubersac, die radikale Partei und ihre Freunde in Gefahr seien zu müssen, den der ehemalige Finanzminister Francois Marsal erhoben habe, als ob sie ihre Schuldigkeit nicht getan habe, im Gegenteil, einer gesunden Finanzgesetzgebung Bahn zu brechen. Man wird erfahren, ob die Radikale Partei vorhabe die unpraktische Verfassung des Mittelstandes, dieser halbe Seite Schuldigkeit getan.

Darauf ergriff Briand den Wort. Er bitte, sie fühlte er aus, es vorzugsweise, im Senat zum Ausdruck seines ersten Unsicherheiten nicht abwesende Worte zu hören. Was es jetzt unternehme, sei, den Senat zu erziehen, den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen. Was er bei Mitbürgern gebildet habe, sei er von der Ansicht ausgegangen, daß eine längere Krise die schwersten Angelegenheiten nach sich ziehen müsse, wenn er alle Kräfte vor der Zustimmung zu schweren Steuern fordere, so gesteghe das, weil ein anderes Verfahren nicht möglich sei. Er wolle nicht einmal die Frage aufwerfen, ob es nicht besseren Gesetze geben als die, die sein Kabinett vorlege, das seine Arbeit von morgen, aber eine Frage des gesunden Menschenverstandes werde heute angeworfen. Es sei der abgeschwächte Entwurf der Handelsüberzeugung und der Zustimmen. Die Zustimmen sei aber ein Mangel, und unverwirklich. Keine andere Regierung hätte ihr entgehen können, denn sie hat Gesetzentwürfe vorgelegt, die einige Mittel, für die eben das Parlament zustimmen müsse. Kritik über die Methoden dabei sei Augenblick keinen Sinn. Wissen man jetzt nicht, daß sie, die bei Gesetzentwürfen Gesetzentwürfe, bei sich aber die Parteien erhoben wäre. Die Politiker hätten nicht nötig, Reformen zu verspreden, aber es gebe doch Stunden, in denen sie vorzugsweise gemeinsamen Interessen der Sonden unternehmen müsse. Briand erinnerte an die Kriegszeit und höchst mit dem Vorteil: Man Krise ist die Frage jetzt nicht mehr, sondern Wie man wenigstens, daß aber Jahre kein hinter uns liegen und daß diese Kriegszeit notwendigerweise das Elend folgen möglich. Frankreich habe 70 Milliarden Kriegsschulden, die seine Kriegsmacht zu beleihen, wie könne man sich also wundern, wenn es mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe? Aber Frankreich sei eine der ersten Länder, die die Krise überwunden hätten. Die Franzosen seien nicht entmutigt, sie arbeiteten und produzierten. Also sie heraustige, einen gemeinsamen Zeitungsartikel, die sie leisten, und in denen sie zum Mitstimmen aufgefordert werden. Was verlangt das Land vom Parlamente? Der Mittelstand verlangt, daß nicht vergeblichen Opfer und Summen geleistet werden, die vergeudet wäre. Es verlangt nur einen gesunden Finanzgesetzgeben zwischen daß die Steuern nicht die Waffe gegen die Bürger werden.

Nach Briand ergriff der ehemalige Präsident der Republik Senator Millerand das Wort. Er lagte, in mehr als einer Frage hat Briand der berühmte Dolmetscher des Gedanke des Senats gewesen. Wie er vertrete er das Gefühl Wunsch, daß das Land die Krise überwinde und daß alle Bürger die Steuern auf sich nehmen, die sie die Wiederhilfe auf sich genommen hätten, daß wolle er gemeinsam Mitbürgern des Mittelgesetzlichen aufführen. Er glaube, daß die Finanzlisten der Regierung geblieben werden könne unter der Bedingung, daß die Ermächtigung für gerechtem geben, daß es sich um ein Ende eines Opfers und um den Beginn einer neuen Ordnung handle. Ende des Opfers, also Ende der Parteiwirtschaft. Man muß die Finanzgesetzgebung, man muß man gewährleisten zur Publik republikanischer Einfachheit und nationaler Einheit. Er erinnerte daran, daß man immer sagte: Macht gute Politik, man wird sich gut gewinnen. Aber die Handelsnomen von Frankreich hätten die Politik gemacht, die das Vertrauen verwirkte und zur finanziellen Katastrophe führe. Das Kabinett Poincaré habe die Ermächtigung der Stimmungsfähigkeiten gefordert sowie eine Hypothek auf das ganze nationale Gesetz. Das seien Maßnahmen sozialistischer Charakters. Er lasse die Hoffnung aufkommen, daß ähnliche Maßnahmen in keinem zu erwartenden Finanzsanierungsgesetz enthalten seien. Ohne die Mitarbeit der gesamten öffentlichen Meinung zeigten die Bemühungen unfruchtbar bleiben. Es wäre eine Torheit, wenn man annehmen wollte, daß man auf das Vertrauen des Landes verzichten könne. Mißerfolge hätte man auch die Wahrheit nicht außer acht lassen, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Bürgerfrieden nicht zustanden werden könne.

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen und mit erhobenen Händen stimmt der Senat den Anträgen zur Einzelberatung zu. Der der Abstimmung erklärte noch der sozialistische Senator Leblanc, seine Partei könne nicht eigentlich die Möglichkeit geben, gegen die Finanzgesetze zu stimmen, aber noch den Rede Millerands hätten sie sich entschlossen, sich herkömmlich zu enthalten.

Rücktritt des Reichskabinetts.

mtb. Berlin, 5. Dez. (Amtlich.) Reichskanzler Dr. Luther überbrachte heute nachmittag 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Loebe bei Hindenburg.

mtb. Berlin, 6. Dez. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger berichtet, hat Reichspräsident v. Hindenburg heute nachmittag den Reichstagspräsidenten Loebe, der ihm über die parlamentarische Lage in der Frage der Regierungsumbildung Bericht erstattete, empfangen. Irgendwelche Entscheidungen konnten dabei noch nicht getroffen werden. Der Reichspräsident wird am Tage des Montags die Führer der Reichstagsfraktionen in der gleichen Frage ihrer Fraktionsstärke empfangen. Heute werden alle Bemühungen mit den Regierungsparteien fortsetzen.

Die französische Presse zum Rücktritt der Reichsregierung.

mtb. Paris, 6. Dez. Die heutige Morgenpresse hat sich mit Bedauern des Rücktrittes des „Marine" mit der Demission des Reichskabinetts nicht mehr beschäftigt, als ob sie die Tatsache in Vergessenheit ihrer längeren Form ergänzte. Der „Matin" schreibt, ohne Zweifel werde Luther mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden und werde Stresemann Reichsaußenminister bleiben. Vorausgesetzt sei, daß diese beiden Männer, die nach Locarno und nach London gegangen sind, an der Regierung bleiben werden mit dem ganzen Gewicht, das ihr Ansehen ihrer Regierung verleihe. Es bestehe keine scheinbare Wahrheit zu ergreifen. Diese Tatsache ist vom Reichspräsidenten gewiß gewünscht worden, daß sie ein Beweis, daß hier die Fortsetzung der Politik Locarno, die Stresemann begonnen hat, gesichert sei. Stresemann habe nach dem, was sich im Lande der letzten drei Monate eingelebt habe, keine Verschwiegenheit wieder aufgenommen. Es wolle sie nun ohne Pause wiederholen, daß die Politik von Locarno Stresemann nicht allein aufgestellt sei. Reichspräsident Luther und Großmann mit am gemeinsamen beiden, die Notwendigkeit zu sein, daß sie beiden dem Minister beistehen und alle nur halbe beiden Minister die Erzählungen von gegenseitigen Mißgunst in Stresemann's Ministerium abbringen seien und alle nur halbe beiden Minister die Erzählungen von gegenseitigen Mißgunst in Stresemann's Ministerium.

Was der Morgenpresse besagt sich nur um „Temps" mit dem Rücktritt des Kabinetts. Er schreibt: Die Umstände, unter denen der Rücktritt stattfindet, scheinen ihn zu einer Krise zu machen, die sich der Krise. Er hält es für sicher, daß Luther mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werde und meint, Luther werde den Wunsch der großen Gesellschaftlichkeit erfüllen wollen, wenn er es unternehme, diese Krise anders als durch einen Umzug zu lösen, der einzig und allein nur dazu beschimmt sei, daß Gesetzen zu machen und Gesetze Gesetzgebung. Es bleibe, daß der Rücktritt Luthers, welcher bestehen zu lassen. Luther habe sich gezwungen, sich als großer Staatsmann zu zeigen, indem er Deutschland die richtige Entwicklung gebe. Man ist im geringen, eine große Revolution zu bilden, wenn werde man keinen Kanzler, daß er dem Kabinett habe, empfänglich mit der Regierungsarbeit zu beschäftigen, daß unpolitischer Kräfte zu bilden und entschlossen zu sein, daß Kabinett zu verfassen zu haben. Die Bildung, die der gegenwärtigen Krise gegeben werden, werde dartber entscheiden, ob Deutschland entschlossen noch klarer oder noch weniger sein werde.

Syrien und Marokko.

mtb. Paris, 6. Dez. Aus Fez wird berichtet, an verschiedenen Stellen der Front ist es zu kleineren Gefechten zwischen Aufständischen und Fremdentruppen Eingekommen gekommen. Die Aufständischen wurden unterschlagen worden seien.

mtb. Paris, 6. Dez. Der Generalstab veröffentlicht eine Depesche aus Beirut, nach der die Tätigkeit des neuen Hochkommissars Carbillet, der am 3. Dezember in Damaskus zeitlich zusammenfällt mit einer Friedensangebot des Führers der Drusen. Seine Vorschläge sollen vier Punkte umfassen: 1. Anerkennung der Autonomie der Provinzen Hauran, Schanan-Gebiet, 2. Abschaffung der Politik, Syrien in zwei selbständige Verwaltungsgebieten aufzuteilen, 3. Ablösung des Gebiets der Drusen durch die französischen Truppen, 4. Einberufung der gesetzgebenden Versammlung gemäß Bildung einer einzelnen Regierung, 5. Abschaffung einer französischen Gendarmerie-Truppe, 6. Ausweisung für alle politischen Verbrechen, 7. Zahlung einer Kriegsentschädigung.

mtb. London, 6. Dez. Nach einer Kriegsmeldung aus Beirut hatte die Drusenmacht in einer Ansprache an die Bevölkerer des Rates von Groß-Libanon, zur Belohnung für ihre Loyalität gegenüber Frankreich erhielten sie das Recht, eine eigene Verwaltung auszuarbeiten. Auch andere Staaten könnten dies tun, wenn sie bei Frankreichgleichen einbrechen.

Die Kämpfe in China

mtb. Schanghai, 6. Dez. Nach glaubwürdiger Meldungen soll General Fengyusiang alle seine Truppen angewiesen haben, zu Front abzuziehen, um General Wu Peng Ting, den nordchinesischen Gegner, der Fü gegen Nordwest Tangsiaan empfiehlt hat, zu unterschlagen. Die Meldungen lagen hinzu, daß Wuo Peng Ting Streitkräfte bereit ausgerüstet waren, aber plötzlich wieder zurückgingen, weil Tangsiaan Reiterei in im Rücken und in der Flanke angreifen könnte.

Die französische Liga für Menschenrechte und Locarno.

mtb. Paris, 5. Dez. Die Liga für Menschenrechte beschäftigte sich gestern abend mit dem Abkommen von Locarno. In einer sehr hart besuchten Versammlung wurde die Entschließung über den Abschluß der Abkommen von Locarno zum Beschluß gefaßt. Einer der Redner, der ehemalige Sozialist Grumbach, erklärte nach dem Bericht des Temps, die Abkommen von Locarno und die Aufnahme, die sie in Deutschland gefunden hätten, gestatteten manuelle Erfahrungen, die gesetzmäßige Rolle der Vermittlung zwischen der Republik und der französischen Kultur zu spielen. Im April 1923 hätten die Sozialisten Delegierte nach Berlin entsandt, die einen ähnlichen Plan ausgearbeitet hätten, wie den von Locarno. Jetzt führende Mitglieder der französischen sozialistischen Partei hätten diesen Entwurf dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Poincare überbracht, der sich dagegen gewendet habe, zu zur Grundlage einer Verständigung zu machen. Wenn damals vielleicht Verhandlungen stattgefunden hätten, hätte die deutsche Politik möglichenweise eine ganz andere Wendung einnehmen können. Der Alterspräsident der Liga, Ferdinand Buisson, erklärte: Gewiß nur nicht, daß nach Locarno der Friede gesichert sei. Er wird nur gesichert werden können, wenn die Völker ihn wollen. Das hat auch Briand gelegt.

Französische Kritik an den Maßnahmen Tardis.

mtb. Paris, 5. Dez. Der sozialistische Abg. Ulrich nimmt in der Ere Revolte seine frei langen Begrenzung Angriffe gegen die französische Regierung in den letzten Wochen, insbesondere gegen die Ordnungen des Oberkommissars Tardis wieder auf. Er beschäftigte in erster Linie, daß trotz einer Verfügung Tardis die jetzt zur Verhaftung Verurteilten Deutsche nicht in jener Gerichtsgegenden verbrachten, und daß außerdem auch der Gold der Minderheiten, mit dem sich Tardis in Rheinlang ausgab — am 1. November 1925 habe er 500 Franken ausgezahlt — nicht gerechtfertigt. Die kleinsten Ausschreitungen zu Gerichtsgegenden Rechten bestehen sich auf 10.000 Franken. Man wird, ferner keine ausfüllen, daß man in der Rheinlandkommission einzig, Gerichtsbarkeit und Gesetzen, aber jegenwärtigen Gesetzgebung, ist keinen dann alle diejenigen Beamten Unterschied finden werden, die eigentlich heute zur Entscheidung kommen seien.

Zur Mussolinisen

mtb. Rom, 6. Dez. Nach den Publisten von Rom und Mailand haben auch die Publisten von Bologna und Bari den Generalsekretär der Lyser und Bauernarbeiterbeschlüsse aufgelöst. Die Lyser und Bauern Generalsekretäre seien nach Rom gekommen und haben mit mit Generalsekretär Mussolini Fühlung gemacht. Es sind bereits zwei Mussolini vorgelegen worden. In den nächsten Tagen werden die Generalsekretäre der Bauernarbeiter und Lyser einberufen werden, um über die Gründung zu den beschlossenen Generalsekretären zu beraten. In politischen Kreisen sagt man, daß diese Generalsekretäre zu den Faschisten Bestrebten.

Arbeiterentlassungen.

mtb. Essen, 5. Dez. Wie man von der Verwaltung der Zeche Friedrich der Kruppe mitgeteilt wird, sieht sich die genannte Zechenverwaltung infolge der Absatzschwierigkeiten gezwungen, eine größere Betriebseinschränkung vorzunehmen und zwar von 3000 Mann. Davon sind Arbeiter Entlassungen 500 zu entlassen. Ein entsprechender Antrag ist bereits beim Demobilmachungskommissar gestellt worden.